

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 836.

Sonntag, 28. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Amliches.

Berlin, 27. November. Der König hat dem Geh. Reg. Rath und ersten Syndikus der schles. General-Landschafts-Direktion, von Goers, zu Breslau den R. Kronen-Orden 2. Kl., dem Lehrer C. H. L. Meyer zu Grabow im Kreis Weichsel den Adler der Inhaber des R. Haus-Ord. von Hohenzollern verliehen, der Wahl des Oberlehrers am Gymnasium in Paderborn, Dr. Bernhard Bernese, zum Direktor des Kaiser-Wilhelms-Gymnasiums in Montabaur die Allerhöchste Bestätigung erteilt.

Dem Herrn Charles Sander ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als Vice-Konsul-General der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin erteilt, dem Oberlehrer Dr. Heinrich Wilhelm Schaefer am Gymnasium zu Hensburg das Prädikat „Professor“ beigelegt.

Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Hugo Franzky am Gymnasium in Spandau zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Saar, 27. November. Der vor längerer Zeit in der zweiten Kammer gestellte Antrag der Deputierten van Eck und Bredius, die Regierung aufzufordern, auf die Schlichtung der internationalen Differenzen durch schiedsrichterliche Austräge hinzuwirken, wurde in der heutigen Sitzung mit 35 gegen 20 Stimmen angenommen. Ferner wurde der Etat für das Ministerium des Auswärtigen genehmigt. Im Verlauf der Sitzung wurde auch die vom Journal „Vaterland“ in Bezug auf die Verhältnisse der Altkatholiken veröffentlichte Note erwähnt. Der Minister des Auswärtigen van der Does de Willebois erklärte dabei, daß weder er, noch sein Vorgänger diese Note erlassen habe — was der frühere Minister des Auswärtigen van de Putte seinerseits ausdrücklich bestritt.

St. Gallen, 27. November. Der Große Rath genehmigte bei der Beratung der Verfassungsrevision den von der Majorität der Kommission gestellten Antrag, betreffend die Maßnahmen zur Sicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Derselbe statuiert die freie Ausübung des Gottesdienstes und die Oberaufsicht des Staates über die Religionsgesellschaften, über die Kirchengüter, die konfessionellen Zentralfonds und die Wahl der Geistlichen.

Paris, 27. November. Die Antwort des Herzogs von Decazes auf das vom spanischen Gesandten überreichte Memorandum soll, wie die „Agence Havas“ erfährt, dem spanischen Gesandten morgen zugestellt werden. — In einer von carlistischer Seite heute hier eingelangten Depesche wird angegeben, daß die Carlisten bei dem Angriff auf San Marcial zurückgeworfen worden sind; dagegen wird behauptet, die Carlisten hätten den Bahnhof von Trun besetzt.

Madrid, 27. November. Nach Meldungen, welche der Regierung zugegangen sind, herrscht unter den Führern der carlistischen Truppen im Norden vollständige Uneinigkeit. Dorregaray soll die Übernahme eines Kommandos abgelehnt haben und Santacruz wieder mit der Führung von zwei Bataillonen betraut worden sein. Don Carlos befindet sich in Tolosa (Provinz Guipuzcoa).

Rom, 27. November. Die Deputiertenkammer hat 304 Wahlen, welche bis jetzt vom Ausschusse geprüft und in Ordnung befunden worden sind, als gültig anerkannt. Ministerpräsident Minghetti hat den Vorschlag über den Staatshaushalt pro 1875 der Kammer bereits vorgelegt. Die vorgeschlagenen, der Rechte angehörigen 6 Schriftführer der Kammer haben in Folge des Umstandes, daß die gestern gewählten, der Linken angehörigen Deputierten Farini und Gravina die Wahl ablehnten, nunmehr ebenfalls ihre Stellen niedergelegt. Die Kammer beschloß, am nächsten Montag eine Neuwahl aller Schriftführer vorzunehmen.

London, 27. November. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, empfing gestern eine seitens der Textil-Industrie der Grafschaft Yorkshre abgeordnete Deputation, welche darauf hinwies, daß der zwischen der nordamerikanischen Union und der Konföderation von Kanada vereinbarte Handelsvertrag die englischen Waaren denen der Vereinigten Staaten nachstelle und den Wunsch ausdrückte, daß bei Ratifikation des Vertrages Nordamerika keinerlei Vortheile betreffs der Eingangszölle eingeräumt werden möchten, die nicht auch England als Mutterland besitze. Lord Derby erklärte, daß er mit dieser Anschauung der Deputation einverstanden sei.

Der Schatzkanzler empfing heute eine Deputation von Parlamentenmitgliedern, welche den Wunsch ausdrückte, daß eine Kommission zur Prüfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Banknotenmarkt auf und über die Ausgabe von Banknoten eingesetzt werden möge, damit dem periodischen Eintreten von Geldkrissen vorgebeugt werde. Die Deputation wies namentlich auf die Notwendigkeit hin, in Bezug auf die gewissen Banken betreffs Ausgabe von Noten gewährten Privilegien eine größere Gleichmäßigkeit eintreten zu lassen. Der Schatzkanzler sprach sich gegen die Niederlegung der gewünschten Kommission aus, wenn derselben für ihre Arbeiten kein spezielles Programm vorgelegt werden könne und empfahl der Deputation die Aufstellung eines solchen Programms, in welchem alle von der Kommission zu erörternden Fragen aufgeführt würden.

Eine dem „Reuterschen Bureau“ zugegangene Depesche aus Buenos Ayres vom 26. d. Mts. meldet, daß der Insurgentenführer Arredondo die Regierungstruppen unter dem General Rocca geschlagen hat.

Bukarest, 27. November. Der Fürst hat heute die Kammer in Person eröffnet. In der Thronrede wird mit besonderer Befriedigung des guten Einvernehmens gedacht, welches schon seit längerer Zeit zwischen der Regierung und der Volksvertretung bestesse, ebenso wird auf die freundlichen Beziehungen hingewiesen, die Rumänien mit

den auswärtigen Mächten unterhalte und die als eine natürliche Folge der von Rumänien befolgten, auf Achtung des Rechtes und der Verträge beruhenden Politik zu betrachten seien. Als Vorlagen werden u. A. angekündigt, ein Gesetz über die Rekrutierung, ein Bergbau- und Forstgesetz, ein Unterrichtsgesetz. Die Rede schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Kammern die Regierung auf dem von dieser eingeschlagenen Wege des Fortschritts unterstützen werden.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung.

Berlin, 27. Novbr., 1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Delbrück, Leonhardt, v. Häufige, v. Wittmann u. A., später Fürst Bismarck.

Heute steht der dritte der Justizgesetzentwürfe, die Zivilprozeß-Ordnung nebst Einführungsgezet zur ersten Beratung.

Abg. v. Büg: Wenn die Kodifikation eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zehn Jahre in Anspruch nehmen sollte, so wäre das eine kurze Frist; denn denselben Zeitraum brauchte Napoleon I für seinen Code, obwohl die große Bewegung, die Frankreich durchgemacht hatte, auf den Abschluß eines solchen legislativischen Werkes beschleunigend wirken mußte. Savigny hat seiner Zeit geradezu den Ruf zu einer Kodifikation abgeprochen, im Gegensatz zu Thibaut und sein Jurist wird heute bestritten, daß Savigny Recht hatte. Aber in der Zeit von 1814 lebte noch jene stielige Gesinnung, die Kontinuität im Recht, deren Segen unsere Zeit verloren hat. Deshalb werden wir bei Bearbeitung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches mit besonderer Vorsicht verfahren müssen. Die Motive zur Zivilprozeßordnung und die Bestimmungen des Gesetzentwurfs selbst sind durch Solidität der Grundsätze und ein weise abwägendes Urtheil über die verschiedenen Prinzipien, welche hier zur Ausführung kommen sollen, ausgezeichnet. Wichtig ist der Grundsat aufzufassen, daß das ganze Verfahren in seinem lebendigen Verlaufe vor dem Richter sich abwickeln muß, daß aber trotz des Prinzips der Mündlichkeit und Öffentlichkeit durch ein präparatorisches Verfahren für das Hauptverfahren wenigstens die Umriffe gegeben sein müssen. Auch mit dem Maße, welches der Berufung und der Revision in dem Entwurfe gegeben ist, bin ich einverstanden. Aber das Institut eines obersten Gerichtshofes paßt meines Erachtens wenig für einen Bundesstaat, wieweil die Stimmung der Nation über solchen einheitlichen Spitze zugetragen ist. Es ist aber ein Freirum, wenn man von föderalistischen Bildungs- und Einrichtungen eine Schädigung des Reichs befürchtet. Gerade umgekehrt sollten wir überall da das Recht mehr und mehr föderalisieren, wo es mit der Einheit verträglich ist und für die Sicherheit des Reichs notwendig ist. Darum hat mich auch Art. 4 Nr. 13 der Reichsverfassung (Der Befähigung Seitens des Reichs und der Gesetzgebung derselben unterliegen: — 13) die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren“) mit einem gewissen Schrecken erfüllt und ich glaube, diese Bestimmung könnte meinem Kollegen und Landsmann Baer (Osnabrück) Veranlassung geben, über das Minimum der Einheit bedenklich zu werden. (Eine Stimme: Bis jetzt noch nicht!) Ein oberes Reichsgericht kann nur bis zu einem gewissen Maße für die Einheit gütig wirken, ist aber weder das einzige, noch das wirksamste Mittel zur Erreichung der Einheit. Ein besseres Mittel ist es durch die Praxis in den höheren Gerichten fürseme die Einheit heranzubilden; auch die Wissenschaft an den Universitäten hat dieselbe Aufgabe und thätiglich haben sie in dieser Hinsicht überaus segensreich gewirkt. Ich fürchte, wir verbaun uns durch den obersten Gerichtshof für die Zukunft die Weiterentwicklung der Gesetzgebung. In dem Entwurf der Zivilprozeßordnung ist die Privatgerichtsbarkeit und die geistliche Gerichtsbarkeit in Ursachen gänzlich beseitigt. Und hier ist der Punkt, an welchem meine Verehrung für den unbekannten Verfasser der Motive doch eine kleine Ausnahme erleidet; hier scheinen mir seine Gründe nicht stichhaltig zu sein. Die kirchliche Gerichtsbarkeit ist der katholischen Kirche durch bestimmte Urkunden, das westfälische Friedensinstrument und den Reichsdeputations-Hauptabschluß garantiert. Es ist ein katholisches Dogma, daß Ehefachen quoad vinculum matrimonii und quoad sponsalia vor die weltlichen Gerichte gehören, denn das Konzil von Trident hat diesen Satz ausgesprochen. Wenn ich daher, m. H., diese geistliche Gerichtsbarkeit hier nicht verheirathen würde, so würde ich der Exkommunikation verfallen. (Gelächter). Wenn der Herr Abg. Baer daran nicht glaubt, so braucht er doch darüber nicht zu lachen. Ich nehme die Sache sehr ernst und sage: es ist kein Segen für das Reich, die geistliche Gerichtsbarkeit in Ursachen abzuschaffen. Es ist ein Unglück für das ganze Reich, wenn die historische und philosophische, die liberale Auffassung sich nicht das Gleichgewicht halten.

Abg. Klippel: Eine allgemeine Beipredung der Grundsätze der Zivilprozeßordnung hätte stichig unterbleiben können, wäre sie wesentlich technischer Natur. Aber die Anlage des Verfahrens im Großen und die Konstruktion des Prozesses standen zu allen Zeiten mit den politischen Einrichtungen in inniger Wechselbeziehung, und so haben wir Grund zu fragen, welche Anlage des Verfahrens unseren Staats- und Verfassungsverhältnissen am meisten entspricht. Außerdem ist die Zivilprozeßordnung die formale Schule des Richtersamts wie der Advokatur und von größter Bedeutung für das Strafrecht und das neuerrungene Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Das Gefühl der vollen Anerkennung nach Form und Inhalt, welche der vorliegende Entwurf gefunden hat, habe ich am ungemessensten damals empfunden, als er vor drei Jahren aus dem preussischen Justizministerium hervorging und zum ersten Mal den vielfach hin- und hergerirten, so stückelten und zerhackten Stoff in dem Brennpunkte eines originellen und weitstehenden Gedankens zusammenfaßte. Dieses Verdienst scheint mir leider kufenweise geschmälert durch die verschiedenen Nacharbeiten, welche der Entwurf erfahren hat und der Gedanke einer Annahme en bloc wurde mir in dem Augenblick zur Unmöglichkeit, als dem Entwurf durch die Wiedereinführung der Berufung von den Urtheilen der Appellationsgerichte ein fremdartiges, unorganisches Element eingefügt ist. Ich glaube, daß nach Wiedereinführung dieses Elementes, wenn man es beibehalten will, gerade das ganze vorangehende Verfahren einer reiflichen Nachprüfung bedarf. Die Reform des Zivilprozesses fand in Deutschland andere Schwierigkeiten vor, als die gleiche Arbeit auf dem Strafprozeßgebiete. Während hier die deutschen Gesetzgebungen seit 25 Jahren eine große Gleichförmigkeit zeigten und es nur darauf ankam, die gemeinsamen Grundsätze aus sich heraus weiter zu entwickeln, mußte dort zuerst die Entscheidung getroffen werden, welches von den drei selbstständigen neben geringen Abweichungen in Deutschland geltenden Prozeßsystemen der Anlage nach den Vortug verdiene. Nun gestehe ich unbenommen zu, daß vom rein technischen Gesichtspunkte aus jedes dieser

Systeme den gleichen Anspruch auf innere Vollkommenheit erheben kann. Jedes ist das Produkt bedeutender Geistesarbeit und jedes hat sich praktisch so eingelebt, daß ein Bedürfnis nach Aenderung in dem einen gewiß nicht lebhafter empfunden wird, als in dem andern. Die Entscheidung kann hier nur die Rücksicht geben, welche ich im Eingange hervorgehoben habe, nämlich, welches System dem heutigen Entwicklungsstande des öffentlichen Lebens und Rechts am besten entspricht; und da stehe ich nicht an, für einzig geeignet dasjenige System zu erklären, welches auf öffentlicher mündlicher Verhandlung und freier Prozeßleitung aufgebaut ist. Wie wir bemüht sind, in allen anderen staatlichen Beziehungen die freie Selbstthätigkeit der Bürger hervorzuheben, so müssen wir auch den Vortug demjenigen Prozeßsystem geben, welches dieses Verfahren möglichst in die engere Entscheidung der Parteien stellt und ihnen Wohl und Wehe möglichst wenig durch Staatsfürsorge zu bereiten sucht. Wenn nun aber ein bestimmtes System der Anlage des Verfahrens einmal angenommen ist, so muß auch in der Ausführung an demselben festgehalten werden und wenn dies selbstverständlich nicht bis in die kleinsten Konsequenzen hinein geschehen kann, so dürfen doch in keinem Falle Bestandtheile eines anderen Systems herübergenommen werden, bloß weil sie in diesem als technisch zweckmäßig sich bewährt haben. So scheint mir dem Grundsat der Mündlichkeit die Lebensader unterbunden zu sein durch die Einführung der Gerichtsbarkeit, die keinen andern Zweck haben können, als dem Richter eine Information über die Sache vor der mündlichen Verhandlung zu ermöglichen. Das aber ist der Tod des freien mündlichen Vortrags, wenn der Advokat vor einem bereits informirten Richter tritt. Ebenso ist das Prinzip der freien Prozeßleitung durch die Partei wesentlich verletzt durch die Vorschrift der sogenannten Beweisverbindung, welche die Partei nötigt, die konkreten Beweismittel beizubringen, ehe noch darüber befinden ist, ob eine Thatfache erheblich u. feststeht, ob sie bestritten ist. Die Kompetenzvertheilung zwischen Einzelrichter und Kollegien scheint mir auch eine innere Scheidung der Funktionen zu erfordern. Während dem Kollegium die sorgfältigste Prüfung der abstrakten Rechtsfragen obliegt, kommt es bei dem Einzelrichter wesentlich darauf an, daß er in promptester Weise eine das Rechtsbewußtsein möglichst befriedigende Entscheidung herbeiführt. Was ihm an der Garantie der Personenzahl abgeht, muß dabei durch die größere persönliche Autorität ersetzt werden, die ihm, wenn er sonst für das Amt geeignet ist, unfehlbar erwächst, wenn er dauernd ausschließend und selbständig in einem bestimmten Bezirk thätig ist. Eine Verbindung von Einzelrichtern zu fliegenden Kollegien scheint mir schon um deswillen bedenklich, weil die souveräne Thätigkeit als Einzelrichter auf die Dauer für die Einordnung in das Kollegium wenig geeignet macht. Für die Kollegien halte ich auch schon in erster Instanz die Besetzung mit 5 Richtern für eine wirkliche auf lebendiger Reibung der Gegensätze beruhende Diskussion unerlässlich. Weiter äußert Redner seine Bedenken gegen die im Entwurf vorgesehene Zusammenlegung der Handelsgerichte aus einem juristischen Präsidenten und kaufmännischen Richtern, welche einen inneren Gegensatz im Kollegium ebenso hervorrufen, wie bei den Schöffengerichten. Die gegen die rheinischen Handelsgerichte hervorgetretenen Bedenken verkenne ich nicht die eigenthümliche Bedeutung dieser Gerichte, bei welchem es mehr auf prompte Erledigung, als auf subtile Erörterung der Rechtsfragen ankommt. Theils werden sie dadurch beseitigt, daß mindestens gegen die rechtliche Seite der Entscheidung überall ein Rechtsmittel eröffnet werde. Schließlich spricht sich Redner nicht nur für Freiheit, sondern auch für unbedingte Freiwilligkeit der Advokatur aus. Unter dieser Voraussetzung werden sich Advokaten überall dort finden, wo es lohnende und zugleich ehrenvolle Thätigkeit für sie giebt.

Abg. Dr. v. Schulte: Wenn es überhaupt mit Rücksicht auf die beiden anderen Justizentwürfe möglich wäre, so würde ich meinerseits die Zivilprozeßordnung en bloc annehmen, da ich dieses Gesetz im Großen und Ganzen für ein ausgezeichnetes, für ein in jeder Beziehung eminentes halte. Da dies aber nicht angeht, so will einige Spezialpunkte dieses Gesetzes der Berücksichtigung der Kommission empfehlen. Der Zivilprozeß hat es ausschließlich mit Privatfreiheiten zu thun. Nun ist aber der Rechtszustand in den Einzelstaaten ein so mannichfacher und verwirrter, daß Niemand zu sagen weiß, wann eine Rechtsfache eigentlich Zivilsache und wann Administrativsache sei. Daß es aber im Zivilprozeß notwendig ist, diese Unterscheidung klar zu stellen, ist unfraglich, und es befindet sich also hier eine Lücke im Entwurf, deren Ausfüllung ich der Kommission dringend empfehle. Ich weiß sehr wohl, daß diese Aufgabe keine sehr leichte ist. Ich wäre in der Lage nachzuweisen, daß erst seit etwa 300 Jahren überhaupt in Deutschland von einer administrativen Justiz die Rede ist, während man früher alle Streitigkeiten, die irgend wie das Privatinteresse betrafen, vor den ordentlichen Richter bringen konnte. Der gegenwärtige Rechtszustand in Deutschland ist nun aber ein solcher, daß, wenn man die Praxis gewisser Kompetenzkonflikts-Gerichtshöfe genau studirt, es einfach unmöglich ist, ein Prinzip darin zu erkennen. Ich habe mir die Mühe gemacht, seit einer Reihe von Jahren die Urtheile des preussischen Kompetenz-Gerichtshofes ganz genau durchzustudiren, aber ich habe daran verzweifeln müssen, irgend welche leitende Grundsätze herauszufinden. Es wird die Aufgabe der Kommission, oder, da der Bundesrath das Material entschieden besser in der Hand hat, die Aufgabe dieses sein müssen, im Interesse der Rechtsicherheit die Grundsätze auszusprechen, an welchen die einzelnen Staaten sich halten können. Sodann ist im Entwurf zwar sehr detaillirt die Mobilienrelation behandelt, in Bezug auf die Immobilienrelation wird einfach auf die Landesgesetze verwiesen; auch das scheint mir ein Mangel, der der Abhilfe bedarf. — Ich finde ferner im Entwurf bis zu einem gewissen Grade schon die Emanzipation der Frauen vorbereitet und zwar offenbar, um ihnen dann später die Advokatur zu eröffnen. (Geister). In § 51 des Entwurfs heißt es: Die Prozeßfähigkeit einer Frau wird dadurch, daß sie Ehefrau ist, nicht beschränkt. § 73 aber gestattet den Parteien den Rechtsstreit selbst oder durch jede prozeßfähige Person als Bevollmächtigten zu führen. Danach kann also jede Ehefrau ohne Einwilligung ihres Gatten in eigener Sache und als Bevollmächtigter Prozeß führen. Ich tadele diese Vorbereitung zur Emanzipation der Frauen auf diesem Gebiete nicht, aber man wird dann auch später die Konsequenzen dieses Schrittes ziehen müssen. — Sodann würde ich es doch für gut halten, die unbedingte Zulässigkeit des Zeugenbeweises etwas zu beschränken. Ich weiß sehr wohl, daß wir in Deutschland bisher immer gewohnt sind, den Zeugenbeweis absolut zuzulassen, aber obgleich ich sonst nicht gerade ein Bewunderer des französischen Rechts bin, muß ich anerkennen, daß die Beschränkung des Zeugenbeweises im französischen Recht ihr sehr Gutes hat. — Was die Berufung und die damit in Zusammenhang stehende Kompetenz des Reichsgerichts betrifft, so halte ich diese Frage für keine politische. Die Aenderung der Grundsätze über die Revision, sowie die der Entwurf ausdrückt, halte ich einfach im Interesse der Rechtsicherheit, das heißt der Rechtsicherheit, für geboten. Welches juristische Prinzip ist es denn die Revision dann anzuschließen, wenn

es sich handelt um das Rechtsgebiet eines Oberlandesgerichts? Was stände dann dem entgegen, daß auch der kleinste Staat ein oder zwei Oberlandesgerichte für sich schafft? Wenn es Jemand darum zu thun wäre, auf diesem Wege den absoluten Partikularismus herzustellen, so brauchte er nur die nötigen Gelder anzuwenden, um für seine 60-70,000 Seelen zwei Oberlandesgerichte zu machen und einen obersten Gerichtshof dazu. Das wird zwar in Wirklichkeit nicht geschehen, aber die Zivil-Prozessordnung muß auch die Möglichkeit davon ausschließen. Das Mindeste wäre, daß die Organisation aller derartigen Behörden nur mit Zustimmung des Bundesrates geschehe und ohne sie auch nicht alteriert werden dürfe.

Damit schließt die erste Beratung. Persönlich bemerkt der Abg. Baer (Offenbach): Der Abg. v. Buß scheint geglaubt zu haben, ich hätte über eine Einrichtung der katholischen Kirche geredet. Ich bitte aber sich des Vorgangs zu erinnern: Der Abg. v. Buß sprach davon, daß, wenn er hier in diesem Saale für die Abschaffung der kirchlichen Gerichte eintrete, er exkommuniziert werden könne. Wir scheitern es in das Gebiet der Komik zu gehören, wenn in diesem Saale die Furcht vor einem römischen Bannstrahl als Motiv für ein Votum wirken sollte. Niemals wird ein deutscher Abgeordneter aus Furcht vor einem solchen Bannstrahl so oder so sprechen. Wenn der Abg. v. Buß ferner sagt, wir Badenfer hätten Grund, die neue Einheit zu bereuen, so erwidere ich, daß wir weit entfernt sind von jeder Reue über das, was ein patriotischer Fürst an politischen und Heiligherkeiten auf dem Altar des Vaterlandes für seine Einheit geopfert hat. (Beifall)

Abg. v. Buß: Dem Abg. Baer gebe ich vollkommen anheim zu laden. Was ein patriotischer Fürst gethan hat, weiß auch ich zu würdigen; aber die Meinung der Liberalen in Baden ist nicht die Meinung des ganzen badischen Volkes.

Der Entwurf der Zivilprozessordnung wird hierauf einstimmig an die 28 Mitglieder bestehende sogenannte Zwischenkommission für die Justizgesetzgebung überwiesen und es erübrigt nur noch die Entscheidung über den Antrag des Abg. Lasker, der sich auf diese Kommission bezieht und also lautet: Der Reichstag wolle beschließen:

1) Mit Rücksicht auf den Umfang und die Schwierigkeit der geschäftlichen Behandlung der Entwürfe: eines Gerichts-Versaffungsgesetzes, einer Strafprozessordnung, einer Zivilprozessordnung und der zu denselben gehörigen Einführungsgesetze keine Vereinfachung auszusprechen, einem Gesetze zuzustimmen, welches: a) die zur Vorbereitung einzusetzende Kommission ermächtigt, ihre Beratungen zwischen der gegenwärtigen und der nächstfolgenden ordentlichen Session des Reichstages fortzusetzen; b) die Fortsetzung der Verhandlung über die bezeichneten Gesetzentwürfe in zweiter und dritter Lesung während einer folgenden Session der gegenwärtigen Legislaturperiode ermöglicht;

2) über die Ergänzung der Kommission für den Fall, daß Mitglieder derselben zwischen der jetzigen und der nächsten Session auscheiden, sowie über die Behandlung von Anträgen, welche von anderen Mitgliedern des Reichstages zu den oben bezeichneten Gesetzen außerhalb der Session des Reichstages gestellt werden, geschäftsordnungs-mäßigen Beschluß vorzubehalten.

Abg. Lasker: Ich kann mich bei der Begründung kurz fassen, weil das Haus darin einstimmig ist, die Gesetze durch eine Kommission herabzu lassen, die zwischen dieser und der nächsten Session tagt. Nach dem Standpunkt unseres verfassungsmäßigen Hauses halten wir die Sessionen nicht für so kontinuierlich, daß ohne ein Gesetz der Reichstag berechtigt wäre, die in einer Session begonnenen Arbeiten in der nächsten Session fortzusetzen oder während der Vertagung eine Kommission mit der Vertagung zu betrauen. Dieses Hindernis kann beseitigt werden, wenn ein solches Gesetz vereinbart wird und der Text meines Antrages giebt es anheim, daß aus der Mitte des Bundesrates vielmehr die Initiative ergriffen wird, um die materielle Vertagung möglich zu machen. Das Gesetz wird sich auf die Befreiung der materiellen verfassungsmäßigen Hindernisse zu beschränken haben. Die Geschäftsordnung des Reichstages selbst wird nur in zwei Punkten affigiert. Das Haus muß sich nämlich vorbehalten, neben den 28 Mitgliedern noch eine Anzahl von Mitgliedern zu bezeichnen, welche an die Stelle der Mitglieder treten könnten, die durch irgend welche Umstände hinweggenommen werden aus der Kommission auszuscheiden, ehe sie ihre Arbeit vollendet hat. Der Reichstag muß solche Ergänzungsmittel notwendig vorher bezeichnen, da zwischen den Sessionen eine solche Erneuerung nicht stattfinden kann. Ferner muß es den Mitgliedern, welche nicht der Kommission angehören, freigestellt und ermöglicht werden, Anträge an die Kommission gelangen zu lassen.

Präsident Delbrück: Die verbündeten Regierungen haben so wenig wie die Herren Antragsteller die großen Schwierigkeiten verkannt, welche die Vertagung der in Rede stehenden Gesetzentwürfe voraus-sichtlich haben werden. Sie haben eine Initiative so lange nicht er-griffen, als nicht aus dem Hause selbst eine bestimmte Ansicht über diese Frage laut geworden ist. Ich glaube aber sagen zu können, daß die verbündeten Regierungen bereitwilligst erteilt die formelle Initiative ergreifen werden, wenn, wie annehmbar ist, heute eine solche Ansicht hier ausgesprochen wird.

Abg. Windthorst: Ich werde dem Antrage, den ich unter-schrieben habe, beistimmen. Ich kann aber nicht unterlassen zu sagen, daß es mir keineswegs leicht wird, das zu thun, weil die Aufgabe des Prinzipals, daß man nicht von einer Session zur anderen Arbeiten ver-tagten soll, eine sehr ernste Sache ist, die ihrer Konsequenzen wegen bedenkliche Folgen haben könnte. Dann giebt diese Art der kommissarischen Behandlung der Kommission ein Maß von Vertrauen und Entscheidung in die Hand, wie es kaum wünschenswert sein könnte. Indessen kann ich doch nicht verkennen, daß kaum ein anderer Weg übrig sein wird, wenn wir die Sache zu einem Schluß führen wollen, und das wollen wir doch alle. Aber ich denke, daß man aus diesem Vorgehen keine Konsequenzen für andere Fälle ziehen wird.

Der Antrag des Abg. Lasker wird darauf einstimmig ange-nommen.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Ber-rer Postvertrag; Interpellation Schulze-Delisch; Einführung des Quartierleistungsgesetzes in Württemberg; Anleihe für die Telegraphen-Verwaltung; Etat und Anleihe für Elsaß-Lothringen; deutsche Ge-warte.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 27. November.

— Im Reichskanzleramt ist, der „N. Z.“ zufolge, ein neuer Ent-wurf eines Bankgesetzes mit Einfügung der Reichsbank ausgearbeitet; er wird demnächst den Mitgliedern des Bundesrates ge-gehen. Hiernach würde also ein neuer Beschluß über die Bankfrage und eventuell eine Einbringung des neuen Entwurfes an den Reichs-tag erforderlich werden. Es ist nun davon die Rede, dieser formellen Prozedur dadurch aus dem Wege zu gehen, daß man Seitens des Bundesrates über dessen Acceptierung der Reichsbank in das Gesetz und über die Grenzen, in welchen das Institut in das Leben treten soll, der Bankgesetzkommission des Reichstages Mitteilung machen und derselben überlassen möge, danach ihre Arbeiten fortzusetzen und dem Reichstage Vor schläge zu machen.

— Die Provinzial-Ordnung für Berlin liegt jetzt, nach-dem der Entwurf an den Minister des Innern mit Rücksicht auf die Ergebnisse von Konferenzen mit den verschiedenen Vertrauensmännern festgestellt worden ist, dem Staatsministerium vor. Von der nahe bevorstehenden Entscheidung desselben hängt es ab, ob die Vorlegung an den Landtag erfolgen wird oder nicht.

— Nächsten Sonntag wird Herr Professor Dr. Weber aus Breslau Vormittag acht Uhr in der Neuen Kirche (Gensdarmenmarkt) den ersten altkatholischen Gottesdienst mit Messe und Pre-

digt halten. Abends vorher wird Prof. Weber einen Vortrag in der Vereinsversammlung halten.

— Wir haben neulich mitgeteilt, daß die Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ hinsichtlich der Anwerbung einer Viertelmillion durch eine als „Agent Armin“ bekannte Person in der Presse wenig Glauben finde. Mit Bezug auf die diesbezüglichen Auslassungen ver-schiedener Blätter erklärt heute das „Tagebl.“: „Die von uns gebrachte Mitteilung halten wir in allen ihren Teilen aufrecht, und falls ein-auch nur dem Anscheine nach berechtigtes Dementi uns gegenüber treten sollte, werden wir die nötigen Beweise beibringen. Bis dahin müssen wir jede Verdächtigung unserer Mitteilung einfach als unberechtigt zurückweisen.“ Wir geben die Notiz einfach wieder, wie wir die ent-gegenstehenden Bemerkungen in dieser Sache wiedergegeben haben. — Die Affaire Armin hat übrigens dem „Samb. Korresp.“ einen Preß-prozess eingetragen. Der Redakteur des Blattes, Dannenberg, wurde vor das Polizeigericht citiert wegen einer Äußerung, man habe den Grafen Armin auf freien Fuß gesetzt, weil man seinen neuen Vor-wand für seine Festhaltung fände. Die Staatsanwaltschaft erließ hierin eine Verurteilung der Berliner Kammer und beantragte 50 Thaler Geldstrafe oder 14 Tage Gefängnis. Angeklagter erklärte, den Artikel vor der Veröffentlichung nur flüchtig gelesen zu haben, jedoch nicht der Verfasser zu sein, ferner, nicht gewußt zu haben, daß jener Artikel eine Verleumdung des königlichen Stadtgerichts enthalte. Der Polizeigericht nahm die allgemeine Behandlung der ganzen Affaire in der Presse als mildernben Umstand an und verurteilte den Angeklag-ten zu einer Geldstrafe und in die Kosten. Die Sache würde über-haupt nicht zum Urteil gekommen sein, wenn nicht die Denunciation des Oberamtsrichters Seibel in Kellinghufen den Gegenstand zu einer Mitteilung an das Stadtgericht gebracht hätte. Der Stadtgerichts-Präsident Geh. Justizrat Krüger hat der Sache überhaupt nur eine amtliche Behandlung gewidmet. — Die „D. Allg. Corresp.“ schreibt unterm 27. d.: „Heute Nachmittag wurde Dr. Behlke von dem Gerichtsrath Pescatore in Bezug auf seine Mitteilungen in der „Deutschen Allg. Corresp.“ über die Armin-Affaire als Zeuge vernommen. Er wiederholte im Wesentlichen seine bereits bekannten Mitteilungen und führte einige derselben, die anderweitig angezweifelt waren, mit den näheren Umständen noch genauer aus, worauf er schließlich seine Aussage eidlich erhärtete.“

— Der Direction der k. Hausboigtei ist in neuester Zeit die Verfassung zugegangen, keine Strafen von längerer Dauer künftighin zu vollstrecken. Wie es heißt, soll die Hausboigtei nur noch ein Un-terstützungs- und kein Strafgewalt mehr sein. Mit der Vermeh-rung der Eingekerkerten des hiesigen k. Kreisgerichts hat auch die Zahl der Untersuchungs-Gefangenen zugenommen und beträgt jetzt durch-schnittlich 100 bis 120. Nur die zu ganz geringen Strafen Ver-urteilten können diese in der Hausboigtei abtun.

— Das „K. u. K. Ministerial-Blatt“ meldet: Dem Kreis-gerichtsrath Sieke zu Königsberg i. Pr., dem Kreisger. Rath Hoff-mann in Neufahr und dem Kreisger. Rath Franz in Trebitz ist die erbetene Dienstentlassung mit Pension vom 1. Januar 1875 ab bewil-ligt und zugleich der R. u. K. verliehen. Der Kreisger. Rath Böhler in Verleburg ist gestorben. Versteht sich die Kreisrichter Hof-sowski in Eyd an das Kreisger. in Maguit, Haber in Inowracław an das Kreisger. in Striegau, Eberhard in Biegenbals an das Re-gium des Kreisger. in Neisse und der Amtsrichter Goss in Altona an das Amtsger. in Pinneberg. Zu Kreisrichtern sind ernannt die Ger. Ass. Rothke bei dem Kreisger. zu Rosenberg in Oberschl. Phili-ppe bei dem Kreisger. in Kempen und Dr. Simon bei dem Kreisger. in Glog. mit der Funktion als Ger. Kommiss. in Meiner. Der Rechtskam. und Notar Justiz. Sie rich in Posen ist auf seinen Antrag aus dem Amte als Rechtsanw. bei dem Appell.-Ger. in Posen entlassen. Der Oberger.-Anwalt und Notar Breuß in Hannover ist gestorben. Die durch den Tod des Justizraths Kosky in Schubin erledigte Rechts-anwalts-Stelle wird nicht wieder besetzt. Zu Assess. sind ernannt die Ref.: Marx im Bezirk des Appell.-Ger. zu Naumburg, Dr. Gopp im Bezirk des Appell.-Ger. zu Arnberg, Adolph Neumann im Bezirk des Kammerger., König und v. Laberge-Pennrichen im Bezirk des oßpr. Trib. zu Königsberg, v. Einem im Bezirk des Appell.-Ger. zu Celle und Schraub im Bezirk des Appell.-Ger. zu Kassel.

Kassel, 25. November. Die „Hess. Morgenztg.“ berichtet Fol-gendes Nähere über die telegraphische signalisirte Ankunft und An-nehmlichkeit des Kronprinzen daselbst:

Ein zahlreiches Publikum hatte sich schon lange vor der Ankunft des Königs in und um den Bahnhof versammelt und hatte trotz ein-iger Kälte der Witterung geduldet, bis 3 Uhr 50 Minuten die Glocke die Ankunft des hohen Gastes verkündete. Derselbe wurde kein Verlassen des Wagens von seinen beiden Söhnen und den Spitzen der städtischen, Staats- und Militärbehörden, sowie von einem freudigen Hauch der auf dem Perron versammelten Menge begrüßt und in das Wartezimmer geleitet; nach kurzem Verweilen in demselben trat er auf den Vorplatz wo ihn wiederum der Jubel der Harrenden empfin-gend. Hier bildete der kaiserliche Kriegerbund mit den Fahnen des hiesigen, sowie der Vereine von Oberlausungen und Harzeshäusern um einen vom Publikum freigehaltenen Raum Spalier, welches der Kronprinz abstritt, indem er an die Mitglieder der Kriegervereine freundliche Anreden richtete. Darauf bestieg er mit seinen Söhnen einen offenen Wagen und fuhr, von begeisterten Juristen der Menge begleitet, nach dem Schloß am Friedr. Platz. Abends 6½ Uhr bis 9 Uhr beehrte der Kronprinz mit seiner Gegenwart ein von den Kriegshülern in dem Reithaus der Kriegsschule veranstaltetes Karussellreiten, nach dessen Schluß er sich sämtliche Mitwirkenden vorstellen ließ. Abends nach 9 Uhr brachten die Gesangsvereine unter Fackel- und Lampion-beleuchtung dem Kronprinzen ein Ständchen, bei welchem Liebesvorträge und Orchestermusik des 83. Regiments mit einander abwechselten. Ein gegen Ende dieser Dation ausgedrückt. Hoch auf den hohen Gast fand bei den umstehenden Tausenden jabelnde Zustimmung.

Wiesbaden, 24. November. Der „Rh. K.“ meldet: Die Be-rathungen der hierher gesandten Regierungen Kommissarien mit ver-schiedenen Vertrauensmännern aus allen Theilen des vormaligen Herzogthums über die auch für diesen Landestheil in Aussicht genom-mene neue Städte- und Landgemeinde-Ordnung sind zu Ende. Die Vertrauensmänner waren berufen worden, damit die Regierung aus ihrem Munde die Wünsche des Landes erfahre und in die Lage gesetzt werde, diesen Wünschen vor der definitiven Feststellung Rechnung tragen zu können. Dieses Verfahren der Regierung ver-dient gewiß allseitige Anerkennung. Zugleich bürgt dieser Vertrauen-gegende und Vertrauen erweckende Schritt dafür, daß die erhobenen Bedenken Berücksichtigung finden und diese wichtige Gesetzgebung zu einem gezielten Abschluß gelangen wird. Während auf der einen Seite die Nothwendigkeit einer möglichst gleichförmigen Gesetzgebung für mehrere in ihren natürlichen Verhältnissen gleichmäßig beschaffene Provinzen und die damit verbundenen Vortheile betont wurden, wurde auf der anderen Seite ziemlich einmüthig daran festgehalten, daß eine mannigfaltige politische Organisation der Gemeinde an und für sich eine Schwächung der gesammten staatlichen Organisation nicht nach sich ziehe, wenn nur in den höheren politischen Körpern, im Kreis, Bezirk u., eine einheitliche Organisation hergestellt würde.

München, 25. November. Von der diesjährigen Inspektions-reise des Kronprinzen in die Rheinpfalz hört man noch täglich besonders günstige Resultate rühmen. Derselbe beschäftigt bekanntlich in seiner Eigenschaft als Generalinspektor der IV. deutschen Armee-abtheilung, zu welcher auch die beiden bairischen Armee-corps gehören, die 4. bairische Infanteriedivision und andere Abtheilungen des II. bairischen Armee-corps. Der an den Kaiser als den Oberbefehlshaber des gesammten deutschen Reichsheeres ernannte Bericht sprach sich

über die Leistungen dieser Truppentheile so günstig aus, daß der Kaiser dieses Urtheil dem Könige von Baiern in einem Privat-briefe mittheilte und zugleich seinen aufrichtigen Dank für die Be-mühungen des Königs um die Hebung der bairischen Armee und damit um die Erhaltung der gesammten deutschen Wehrkraft Ausdruck gab. So verlaute wenigstens jetzt, schreibt man der „Magd. Ztg.“, in den hohen Offizierskreisen. Das Urtheil des Kronprinzen wird sicher nicht bloß auf Courtoisie beruht haben; grade das von ihm zuletzt beauftragte fränkische Armee-corps besteht durchweg aus vortrefflichem militärischen Material und andererseits ist der eben so sehr auf legaler Pflichterfüllung wie auf einem gewissen eifersüchtigen Partikularismus beruhende Eifer unseres Kriegsministeriums um Erhöhung der Schlag-fertigkeit unserer Armee allgemein anerkannt. Auf das Verhältnis zwischen dem hiesigen und dem Berliner Hofe wirkt dieser Vorgang natürlich ein günstiges Licht, wie denn überhaupt in den betreffenden Be-ziehungen nach allerlei Witterungswechseln jetzt eine zwar gemäßigte, aber ganz angenehme Temperatur zu herrschen scheint.

Stuttgart, 25. November. Der „Karl. Ztg.“ wird von hier berichtet: „Seit einigen Tagen ist hier, selbst in sonst gut unterrichteten Kreisen das Gerücht von der nahe bevorstehenden Verlobung des Prinzen Wilhelm von Württemberg des eventuellen Thronfol-gers, mit einer Prinzessin-Tochter des Prinzen Friedrich Karl verbreitet. Dieses Gerücht ist zwar früher schon in Umlauf gewesen, dann ward es wieder stille davon, jetzt aber tritt es mit um so größerer Bestimmtheit wieder auf. Da eine solche engere Verbindung des württembergischen mit dem preussischen Königshause hier nur mit größter Befriedigung aufgenommen wird, so glaubt man nun so lieber daran. Nach demnach diese Verbindung darum an Wahrscheinlichkeit, weil Prinz Wilhelm, der Anfangs nur zu seiner militärischen Ausbildung in die preussische Armee eingetreten war, den Entschluß fundgegeben haben soll, in derselben fort zu dienen, und er sowohl, wie ganz be-sonders sein Oheim, der Prinz August von Württemberg, der langjäh-rige Kommandeur des preussischen Gardekorps, bei dem Kaiser sowohl als sonst bei der preussischen Königsfamilie sich stets der besten Auf-nahme zu erfreuen hatten.“

Wien, 26. November. Ueber die gegenwärtige Lage der Ar-beiter in Wien macht „Die Zeit“ folgende Angaben:

„Wie sehr sich die wirtschaftliche Lage in Wien immer trauriger gestaltet, davon giebt unter Anderem auch der Umstand Zeugnis, daß im Anfange dieser Woche mehr als 1000 Arbeiter Wien verließen. Die Leute wurden in Folge der Einstellung der Bauthätigkeit probro-los. — Auch die Zahnradbahn hat am Montag den Verkehr einge-stellt und ihre Bediensteten, etwa 20 an der Zahl, entlassen. — Wie-mus von betheiligter Seite versichert wird, stehen in mehreren Wiener Maschinenfabriken bedeutende Arbeiterentlassungen bevor. — In Mü-dling wurden am 15. d. M. von der Aktiengesellschaft der Maschinen- und Lokomotivfabrik nicht weniger als 60 Arbeiter mit 14 Kägern und 14 Beamte mit sechsmonatlicher Kündigung entlassen. Der Gehalt und Lohn der beibehaltenen Beamten und Arbeiter wurde um ein Drittel herabgemindert. Das Elend der entlassenen Arbeiter ist so groß, daß die Direktion der Aktiengesellschaft den unterstandlos ge-wordenen Familien ein Asyl in den dortigen Arbeiterhäusern annehmen mußte. Und doch wird uns vom Ministerium hier immer versichert, die Krisis nehme mit jedem Tage ab.“

Paris, 26. Nov. Der offiziöse „Moniteur“ drückt seine hohe Be-friedigung über die neueste Haltung der madri der Presse aus, welche, insofern es Frankreich betreffe, von ihren ungerechtfertigten Vorurtheilen zurückgekommen sei und anerkenne, daß die Aufrecht-erhaltung und Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Frank-reich und Spanien das wesentliche und ständige Interesse der spani-schen Politik sei. Das offiziöse Blatt ist überzeugt, daß nur Misver-ständnisse zwischen den beiden Ländern bestanden haben und daß, wenn die Spanier erfahren werden, was die französische Regierung zur Be-kämpfung eines für die beiden Länder so beklagenswerthen Aufstandes gethan, dieselben erkennen würden, wie unparteiisch Frankreich gehan-delt habe. „Die beiden Regierungen werden“, so schließt der „Moni-teur“, sehr leicht auf die wahren Traditionen ihrer gemeinschaftlichen Politik zurückkommen und Europa selbst wird darin einen neuen Be-weis unserer Liebe für die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Verüh-rung und der Mäßigung sehen, welche der Leitung unserer äußeren Angelegenheiten in Spanien wie anderwärts vorstehen.“ Der Herzog Decazes, dessen Hauptorgan der „Moniteur“ jetzt ist, versteht die ge-gabene Lage der Dinge ganz geschickt zu benutzen, und wenn noch eine Weile vergangen ist, bemerkt hierzu sehr richtig die „R. Z.“, so wird man wahrscheinlich versuchen, den Spaniern weizumachen, daß Frank-reich und nicht Deutschland es war, welches die Initiative zur An-erkennung der madri der Regierung ergriff.

Von der spanisch-französischen Grenze, 23. Novbr. schreibt ein Korrespondent der „Nat. Ztg.“:

„Die Pyrenäen sind mit fughohem Schnee bedeckt, die Wege schwer, um Theil gar nicht passierbar. Die Witterung ist trocken, aber kalt; so lange sie anhält, können unmöglich größere Operationen unternommen werden. In Tafalla, Miranda und Logrono sind wieder größere Reserven abtheilungen angelangt, so daß man hinreichende Truppen besitzen wird, um, wie beabsichtigt, die Opera-tionen von Tafalla und Victoria aus Ende nächsten Monats beginnen zu können. Es ist dabei durchaus nicht ausgeschlossen, daß General Loma zu gleicher Zeit von Norden her vorrückt. Die Truppen konn-ten aber nicht an der Grenze bleiben, da die Gegend fast ausgegossen ist, und sich schon jetzt, als ein Theil der Division Loma durch den Sturm nach San Sebastian zurückgezogen wurde, großer Mangel an Lebensmitteln fühlbar machte. Die Rückkehr der Truppen war je-denfalls dem Heranschaffen von Lebensmitteln über Santander vorzu-ziehen. Sollen die Operationen auch von Norden unternommen wer-den, so können sich die Truppen in einigen Tagen bei San Sebastian sammeln, die durch die Witterung gebotene momentane Ruhe schaffen kann benutzt werden, um Proviant und Munition vorhin zu schaffen. Die Karlisten lassen sich wieder in der Nähe von Trun sehen, sie schießen auf die Wagen, welche das Material zum inneren Ban des Forts San Marcel hinausschaffen. Täglich kommen mehrfache Vermuthungen bei den Ingenieuren vor, welche diese Wagen besetzt-ten. Einen ernstlichen Versuch zur Wiedernahme des San Marcel haben sie noch nicht gemacht; (nach telegraphischen Berichten ist das bereits geschehen, aber ohne Erfolg), sie scheinen nach ihrer Taktik warten zu wollen, bis das Fort armirt ist, um dann mit blutigen Kämpfen heimgeschied zu werden. Auch der Bau des Forts zum Schutze Fuenterrabias auf der Höhe von Guadalupe schreitet züht fort, ohne daß die Karlisten die Arbeiter bis jetzt gestört haben. Der Leuchthurm auf dem Kap Sizuer bei Fuenterrabias, welcher bis zum Anmarsch des General Loma in ihrem Besitz war, und dessen Feuer nur angezündet wurde, wenn Schmutzgeschiffe für sie Kriegsmaterial-landen wollten, ist jetzt wieder in Funktion. Der Weg nach San Sebastian ist für Truppenabtheilungen frei, doch kann man ge-wärtig sein, von feinen Karlistenbanden mit Kugeln begrüßt zu werden. Don Carlos, welcher Geballos die Schuld an der letzten Niederlage giebt und ihn vor ein Kriegsgericht gestellt hat, versucht wieder Dorre-aray zu verführen. Das Resultat der Unterhandlungen ist noch nicht bekannt, dagegen hat ihm Santa Cruz, welchem er die Stelle eines 2. Gouverneurs von Guiryoa angeboten hatte, einfach geantwortet, er sei derselbe geblieben und wenn er Don Carlos früher zu schlecht war, so müsse er es noch sein, daher danke er für die Ehre. Die carlistischen Offiziere benutzen die momen-tane Waffenruhe an der Grenze, um sich in Frankreich zu amüsiren.“

Sonnabend haben wir mehrere Tabacillas in Biarritz, darunter Caladon und Cabero, welche diesen Ort schon häufig mit ihrer Gegenwart beehrt haben. Dieses spricht am besten für die Beachtung der Grenze durch die französischen Behörden. Man läßt wie bisher alle Carlisten unbehindert passieren und behauptet dann, daß die Behörden streng nach den Neutralitätsgeboten verfahren. Der französische Regierung darf ein direkter Vorwurf deshalb nicht gemacht werden, sie hat die nötigen Befehle zur Grenzüberwachung erlassen. Aber sollte sie nicht im Stande sein, ihren Befehlen Geltung zu verschaffen, wenn die Beamten denselben in dieser Weise offen zuwiderhandeln?

Rom, 26. Nov. Die bereits telegraphisch signalisirte Thronrede, mit welcher König Viktor Emanuel am 23. d. Mts. das italienische Parlament eröffnet hat, lautet nach der „Opinione“ folgendermaßen:

„Meine Herren Senatoren und Deputirten! In dem Augenblicke, da ich mich wieder inmitten der Vertreter der Nation befinde, ist es mein erster Gedanke, an das italienische Volk für seine anläßlich meines 25jährigen Regierungsjubiläums erfolgten herzlichen Kundgebungen Worte des Dankes zu richten. Diese Kundgebungen waren meinem Herzen um so werthvoller, als sie durchaus freiwillig und allgemein waren. Ich hege die feste Zuversicht, daß der Eifer, mit welchem die neue Legislatur die Durchführung der Reorganisation des Staates sich weiter angelegen sein läßt, der Buneigung gleich sein wird, von welcher mir das Land Beweise gegeben hat.“

Nachdem für die bürgerliche Gesetzgebung Einigkeit erzielt worden ist, muß dies auch für die Strafgesetzgebung der Fall sein. Letztere ist im Senate einer reiflichen Prüfung unterzogen worden und wird Ihnen wieder vorgelegt werden. Ich hoffe, daß aus Ihren Beratungen ein Gesetzbuch hervorgehen wird, welches der Wissenschaft und des italienischen Namens gleich würdig ist. Die vom Lande verlangte und Seitens der Regierung verheißene Reform des Handelsrechts wird die Altengeseßlichkeiten zum Ausgangspunkte nehmen. Die Einmündung der Regierung auf diesem Gebiete wird beschränkt, die Verantwortlichkeit der Administratoren dagegen wirksamer gemacht werden.

Meine Regierung wird Ihnen ferner verschiedene Maßregeln vorschlagen, um die öffentliche Sicherheit in denjenigen Provinzen, wo dieselbe ernstlich gefährdet wurde, wiederherzustellen. Sie werden, indem Sie diese Maßregeln genehmigen, das Beispiel der zivilisireten Nationen und der für die öffentlichen Freiheiten am sorgsamsten bedachten Parlamente befolgen, welche der Verachtung der Völker anheimfallen, wenn sie nicht die Sicherheit der Personen und des Vermögens gewährleisten.

Die neuen militärischen Einrichtungen haben sich gut bewährt und ich bin stolz auf die Fortschritte des Heeres, an welches mich die lebhaftesten Reizungen und die theuersten Traditionen meines Lebens fesseln. Dieses Werk muß zu Ende geführt und für die Vertheidigung des Staates Sorge getragen werden. Die Kriegsmarine, von welcher unsere Zukunft auf die Zukunft in so hohem Grade abhängt, wird gleichfalls einen Gegenstand Ihrer Beratungen bilden.

Meine Regierung wird Ihnen auch Gesetzentwürfe vorlegen, welche darauf abzielen, einige Steuern zu reformiren, um dieselben gleichmäßiger zu vertheilen, zu vereinfachen und fruchtbringender zu machen. Dies wird den Anfang einer stufenweisen Reform unseres Steuer- und Verwaltungssystems bilden, welches, in einer schwierigen und erregten Zeit geschaffen, einer vernünftigen Revision bedarf. Unterbreiten Sie neuen Ausgaben Einhalt gethan werden; das Parlament wird sich daher nur mit denjenigen zu befassen haben, für welche bereits Verpflichtungen eingegangen worden sind oder deren Dringlichkeit außer Zweifel steht. Meine Regierung wird Ihnen deshalb gleichzeitige neue Maßregeln unterbreiten, welche dazu bestimmt sind, jenen nothwendigen Ausgaben die Spitze zu bieten. Wenn Sie von den angeführten Normen nicht abweichen, wird es Ihnen gelingen, das Gleichgewicht im Staatshaushalte des Königreichs wiederherzustellen, worauf der allseitige Wunsch der Nation gerichtet ist. Die Erreichung dieses Zieles wird die volle Belohnung für so viele Opfer sein, welche das Land mit edelm Muth ertragen hat. So wird die Wiederherstellung Italiens, jedes Wankes bahr, auch den in der Geschichte der politischen Veränderungen so seltenen Ruhm haben, daß sie niemals auch nur den Gedanken, dem öffentlichen Vertrauen untreu zu werden, zugelassen hat.

Meine Herren Senatoren und Deputirten! Ich bin glücklich Ihnen versichern zu dürfen, daß wir uns in den besten Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten befinden. Mit Freuden empfangen ich fortwährend Zeugnisse der Wertschätzung, welche die übrigen Nationen der Freundschaft Italiens zu Theil werden lassen. Dies ist der Lohn für die Mäßigkeit und die Entschiedenheit unserer Haltung. Indem Italien auf diesem Wege fortfährt, wird es auch in Zukunft zeigen, daß die mit der Ordnung verbundene Freiheit die schwierigsten Probleme zu lösen vermag, und daß es sein ruhmreiches Ziel nicht verfehlen wird. Die Vorsehung hat uns bei jedem Schritte unterstützt, und dieses Jahr hat sich für die Bevölkerung durch reiche Ernten freigegeben. Hierin werden die weniger bemittelten Klassen, deren Wohlsein mir jederzeit am Herzen liegt, eine Unterstützung finden. Danken wir gemeinschaftlich Gott und fahen wir fort, durch die beständige Thätigkeit unserer Vorgesetzten und unserer Handlungen uns der Unterstützung und des Beistandes des Höchsten würdig zu erhalten.“

Sokales und Provinzielles.

Posen, 28. November.

— Aus Lobien wird der „Dr. B.“ geschrieben: Rittergutsbesitzer Koczorowski auf Witoslaw ist, nachdem er seine Güter seinem Weffen vermacht hat, ins Kloster gegangen. Wie verlautet, soll er in ein Jesuitenloster in Galizien getreten sein.

(?) **Janowiec, 22. November.** [Prediger Woth +] In dem nachbarlichen Kirchorte Groß-Golle wurde am Dienstag in feierlicher Weise der bei Juden und Christen, Polen und Deutschen beliebte und geachtete Prediger an der evangelischen Kirche, Woth, zur letzten Ruhestätte getragen. Das zahlreiche Trauergesolge zeugte von der Anerkennung und dem segensreichen Wirken des Entschlafenen während seiner achtundzwanzigjährigen Thätigkeit. Trotz seiner positiv glänzenden theologischen Richtung war er für die Fortschritte und modernen Meinungen der Wissenschaft empfänglich und verlor sich sogar schriftstellerisch, namentlich war ihm die Poesie nicht fremd. Im gesellschaftlichen Verkehr gern gesehen, als Geistlicher mildthätig, ein begeisterter Anhänger der falschen Kirchenpolitik, für die unterstellten Schulen und Lehrer treu forgend und die Armen und Unglücklichen tröstend und unterstützend wird er auf lange Zeit in der Erinnerung seiner trauern Gemeinde bleiben.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Deutsche Warte.** Umschau über das Leben und Schaffen der Gegenwart. Redaktion: Dr. Bruno Meyer. VII. Band. (Verlag von G. Braun'schen Hofbuchhandlung). Erstes Oktober-Heft. Inhalt: Die neue Kirchenverfassung für die sechs alten Provinzen Preussens. Von Dr. Heinrich Holzmann. — Die dritte Verammlung von Lehrern und Lehrerinnen höherer Mädchenschulen. Von Dr. G. Wendt. — John Stuart Mill und seine Schriften. IV. III. (Schluß). Von Dr. Bartling. — Wahlrechts-Prinzipien. Von Dr. W. Vierkon. — Architektenverammlung und Bauausstellung in Berlin. II. Von Bruno Meyer. Bücherchau: I. Umschau in der Literatur Frankreichs. Von Dr. E. S. — II. Anzeigen. — Todtenchau: Siram Powers. — Goren. — Mario Massimo. — William Tite. — Dr. Henry Vance Jones. — Ernst Joseph Hugo Tieszen und Hennig. — Stanislas Ignaz Julien. — Emanuel de Rougé. — Marquis von Claircarde. — José Antonio Paz. — Herzog Karl von Braunschweig. — Anselm Söding. — Ritter von Orgeß. — Mariano Falcinelli.

Staats- und Volkswirtschaft.

* **Disconto-Gesellschaft.** In der am Dienstag Abend in Berlin stattgehabten Versammlung des Verwaltungsraths hat derselbe, wie die „Bant- u. Börs.-Ztg.“ meldet, die Auszahlung einer Abschlagsdividende von 4 Procent für das Jahr 1874 genehmigt. Nach den in dieser Versammlung von der Direktion gegebenen sehr befriedigenden Nachweisungen ist die Gesellschaft auf Gewinn- und Verlust-Konto per 30. Juni 1874 ein eben so hoher Betrag, wie im ersten Semester des Jahres 1873 zur Verfügung.

* **Deutsche Zettelbanken.** Unter Bezugnahme auf eine Bekanntmachung der Anhalt-Deffsaueschen Landesbank, die Beschreibung der von derselben zu emittirenden Einhundert-Mark-Noten betreffend, dürfte die Mittheilung für das Verkehrspublicum von Interesse sein, daß nachstehende Banken: Anhalt-Deffsauesche Landesbank, Braunschweigische Bank, Commerzbank in Albstadt, Kommunalbank der Stadt Albstadt, Preuss. Oberlausitz in Görlitz, Geraer Bank, Hannoversche Bank, Lübecker Privatbank, Magdeburger Privatbank, Privatbank zu Gotha, Rosfelder Bank, Thüringische Bank, Weimarer Bank, die von ihnen auszugebenden Einhundert-Mark-Noten aus gleichem Papier, in gleichem Format (103 : 172), mit gleichem Wasserzeichen, gleicher Grundfärbung und mit einer für alle gleichmäßigen Rückseite anfertigen lassen. Im Format und in der Grundfärbung stimmen mit den Einhundert-Mark-Noten dieser Banken auch die Einhundert-Mark-Noten der Sächsischen Bank, Bärnschen Hypotheken- und Wechselbank, Städtischen Bank in Breslau, Landständischen Bank in Bungen und der Chemnitzer Stadtbank vollständig überein. Auch bei der Leipziger Bank, der Bank für Süddeutschland und der Königlich-Preussischen Bank ist wie bei den obigen 17 Banken die grüne Farbe als Grundfarbe acceptirt. Es ist somit für den bei Weitem größten Theil der norddeutschen Zettelbanken die möglichste Uebereinstimmung in der äußeren Erscheinung der von ihnen zu emittirenden Einhundert-Mark-Noten mit gutem Erfolg angestrebt worden.

* **Wien, 26. Novbr.** Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 16. bis 22. November 169,190 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 22,189 fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 13,493 fl., Mehreinnahme 688 fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1789 fl., Mehreinnahme 153 fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 993 fl., Mindereinnahme 676 fl. — Wocheneinnahme der Linie Steindorf-Braunau 1036 fl., Mehreinnahme 168 fl.

* **In den Ausweisen der fremden Banken.** Heute sind es hauptsächlich die Angaben über die Edelmetallbewegung, welche die Wochenansweise interessant machen. Es scheint ist erster Linie beachtenswerth, daß die amtliche Discontoerhöhung der Bank von England noch für die vergangene Woche keine Verstärkung des Metallvorraths hat bewirken können: derselbe ist vielmehr wiederum, wenn gleich nur um die geringe Summe von 78,000 Pfd. St., geschwächt worden. Die Aenderungen in den übrigen Positionen des Ausweises zeigen eine wesentliche Aufbesserung des Status: Die Wechsel- und Kreditanprüche sind zurückgegangen, die Total-Reserve ist um fast 1/2 Million, die Notenreserve um über 400,000 Pfd. gewachsen, letztere beträgt jetzt wieder rund 8 1/2 Millionen und das Verhältnis zu den Passiven, das sich auf 41 1/2 pCt. stellt, ist ca. 1/2 pCt. günstiger geworden, der Notenumlauf hat eine Reduktion von 551,000 Pfd. erfahren, nur die Privat-Einlagen sind um 216,000 Pfd. verringert. Aber das formell so günstige Gesamtergebnis ist allein durch das Anwachsen des Staatskassenbestandes — um fast 1/2 Million — zu Stande gebracht. — Der Wochenbericht der Bank von Frankreich konstatirt, daß alle Positionen derselben einen Geld-Zufluß veranlaßt haben. Die Staats- und Privat-Einlagen sind um 7,3 Millionen Fr. gestiegen, die Vorschüsse und das Portefeuille um 6,7 Millionen gefallen, es sind also 14 Millionen Fr. zugeflossen. Der Metallvorrath steigerte sich um 8,6 Millionen Fr., es ist aber nicht wahrscheinlich, daß an die Bank Metall-Zahlungen gemacht worden sind, es erscheint vielmehr die Voraussetzung berechtigt, daß ein Metall-Zufluß vom Auslande eingetreten ist; doch hatte er wohl keine größere Ausdehnung. — In der österreichischen Nationalbank endlich hat laut Ausweis der Notenumlauf 5,12 Millionen fl. abgenommen. Da jedoch der Staatskassenbestand der Bank um 0,74 Millionen Gulden zugenommen hat, so beträgt die eigentliche Abnahme nur 4,4 Millionen Gulden; dem entsprechend haben der Eskompte um 3,6 Millionen Gulden und der Lombard um 0,1 Millionen Gulden abgenommen. Ueberdies hat sich die Forderung der Bank aus der kommissionarischen Beforgung des Hypothekendarlehn-Geschäftes um 0,62 Millionen Gulden verringert. Der Verminderung der Giro-Einlagen um 0,1 Millionen Gulden und der Bankanweisungen um der fälligen Passiven um 0,34 Millionen Gulden steht eine Zunahme der Devisen um 0,53 Millionen Gulden gegenüber. Die reine Reserve beträgt in dieser Woche 38 Millionen Gulden gegen 33 Millionen Gulden in der Vorwoche, die verfügbare Notenmenge 39,6 Millionen Gulden und die Gesamt-Reserve 44 Millionen Gulden gegen 37,7 Millionen Gulden nach dem vorigen Ausweise.

* **Havre, 26. November.** Heutige Wollauktion blieb unentschieden. Gute Wollen 10 Centimes höher als bei der September-Auktion. Beschädigte Wollen fest. Angeboten waren 1688 Ballen, verkauft wurden nur 404 Ballen.

* **Petersburg, 27. November.** Die Reichsbank hat den Wechselkurs von 6 auf 5 1/2, den Lombardkurs von 7 auf 6 1/2 Proz. herabgesetzt.

Ver mis ch tes.

* **Ein Damenabend im Reichstage.** Aus Berlin weiß die „Trib.“ Folgendes zu berichten: Die revolutionäre Bewegung, welche schon seit langer Zeit innerhalb des Gremiums der Gemalinnen und hehrschäftigen Töchter unserer Reichstoten Ploß geariffen hat, ist endlich mit Macht zum Durchbruch gekommen. Mit Schreden haben die Töchter der Schöpfung ihren Mittwoch herannahen, jenen bedeutungsvollen Tag, an welchem die Gatten Abends von ihrer Seite schickten, um in dem behaglichen Foyer des Reichstagesgebäudes im Kreise froher, kluger Reder sich ungestört den kulinarischen Genüssen hingeben zu können. In stiller Klause mußte unterdessen die Gemahlin des Geheimraths und Advokaten mit ihren Sprößlingen diesen Abend des Mittwoch zubringen, die Einladung zum Thee mußte ausgeschlagen werden, da der liebe Gatte doch nicht die Soiree im Reichstage verabsäumen durfte. Die Verweigerung der Damen steigerte sich noch, als ihnen durch die vom Fürsten Bismarck veranstalteten parlamentarischen Soireen auch an jedem Sonnabend der Gatte und Vater entführt wurde, alle für den Winter gefasteten Pläne, der Sonnabend, an welchem Tage die Theater ihre Novitäten vorführen, wurden ihnen durch diese neueste Maßnahme des allmächtigen Reichskanzlers zu Schanden gemacht. Die weiblichen Mitglieder der Familien der hier wohnenden Reichstagsabgeordneten traten nun in eine gemeinschaftliche Beratung darüber, auf welche Weise diesen Mißständen abzuhelfen sei, und sie beschloßen unisono ihre Männer bei der an jedem Mittwoch Abend stattfindenden parlamentarischen Vereinigung nach dem Reichstage zu begleiten. Dieser Beschluß wurde dem Bureau des Reichstages mitgetheilt, dieses konnte dem Fieber weiblicher Herzen nicht länger widerstehen und entschloß sich dazu, auch den Damen den Eintritt zu dem Mittwoch-Soiree zu gestatten. In dieser Sitzung des Bureau's einigte man sich auch dahin, zur Bekleidung und Bedienung der entstehenden Kosten dem Etat des Reichstages einen besonderen Aliminationsetat einzureichen (?) Gestern öffneten sich zum ersten Male die Pforten des Reichstages auch für die Frauen und Töchter der Abgeordneten, die in den letzten acht Tagen jede andere Völtre bei Abse gelassen und sich nur dem tiefen Studium der Reichstagsberichte gewidmet haben, um auch ein Wörtchen in Reichsangelegenheiten mitzusprechen zu können.

* **Vineta im Rhein.** Vielleicht ist es auch für weitere Kreise interessant, daß bei dem jetzt so niedrigen Wasserstande des Rheins die von diesem vor etwa 300 Jahren weggeschwemmte Kirche in ihren Trümmern wieder deutlich sichtbar ist. Die Kirche wurde seiner Zeit mit einem Theile des Daches in den Fluthen des Rheins begraben, nachdem sie lange nicht bloß den Einwohnern von Halen und Sommerberg, sondern auch denen von Neuenkamp und Ruhrort zum Gotteshaus gedient hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Basel.

Angekommene fremde vom 28. November.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Plekner a. Breslau, J. Jungmann a. Breslau, Baum a. Rastatt, v. Groß a. Orlitz, Haib a. Berlin, Willy v. Jaminet a. Hamburg.

KEILERS HOTEL. Die Kaufleute Ullmann a. Driesen, Frau Lotte u. Tochter aus Warschau, Rauch a. Rastatt, Berlowitsch u. Frau a. Breslau, Cohn a. Bielefeld, Gutsbesitzer v. Chmara a. Czarnkau, Viehhändler Klawow a. Gochterhau.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer v. Suchowetz a. Paschewo, Paschewski a. Polisch, Plucinski aus Tschoban, Jordan a. Popowo, Drojch a. Bondex, Glomacki aus Mischewitz, Lehrer Wopitsch a. Gnesen, Bürger Jordan a. Kurnik.

BUKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Fischbach a. Berlin, Krotawski a. Breslau, Pierch a. Berlin, Kufens a. Ebersfeld, Weisbrodt a. Berlin, Kornik a. Berlin, Bohl a. Prag, die Rittergutsbesitzer v. Waligorski a. Storzewo, Vicnt. v. Jagaw a. Uhorowo, v. Kligning a. Koznowo, v. Kligning a. Diembowo, Frankenstein aus Guhran, Dr. Franz a. Breslau, Direktor Dörtschlag a. Bronte, Fürstl. Dom. Direkt. Molinet a. Berlin.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Karwarth aus Breslau, Holop aus Sietitz, Vist aus Berlin, Vehm aus Leipzig, Viegawski aus Schmetzel, Major a. D. v. Sellenstein aus Komorowo, Kreis-Physikus Dr. Monst aus Schroda, Rittergutsbesitzer Hofmeyer aus Stotmit, Rittergutsbesitzer Carrachn aus Enieglitz, Zimmermeister Schmidt aus Wollstein, Hotelbesitzer Kluge aus Krasen.

HOTEL DE PARIS. Die Rittergutsbesitzer Lichtwald aus Bednary, Budynski aus Tulec, Brzozowski aus Krynjowit, Walosleben aus Kirchp. Dabrowka, v. Rydowski aus Sychinik.

MYLIUS HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Gerber aus Berlin, Kahn aus Mainz, die Rittergutsbesitzer Baron von Unruh und Frau aus Rastow, Matthes aus Janowice, Rasel aus Gellno, Adam aus Schwiebus, Gräfin von Morawski mit Bedienung aus Labonia, Amtsrath Casse aus Orowo, Post-Direktor Arnold aus Halle.

STEER'S HOTEL DE PEUROPE. Die Kaufleute Grünert aus Breslau, Feiger aus Reginitz, Keder aus Königsberg Janti aus Berlin, Rechtsanwalt Müller aus Frankfurt.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Defonom Jägen aus Krenn, Besitzer Gieschke aus Primont, Hotelbesitzer Waligorski aus Wengrowicz, Kaufmann Braun aus Schroda, Dolmetscher Gujerac aus Gräg, Uhrmacher Karczewski aus Gräg, Postsekretär Gladig aus Halle a. S., Oberförster Woydt aus Dabrowka.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 27. Novbr., Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November und pr. November-December 1874, pr. April-Mai 56 Mt. — Pf. Weizen pr. Nov. 63 Roggen pr. November 53 1/2, pr. November-December 51 1/2, pr. April-Mai 48 Mt. — Weizen pr. Nov.-Dezbr. 17 1/2, pr. April-Mai 56 1/2 Mt., pr. Mai-Juni 57 1/2 Mt. — Wetter: —

Bremen, 27. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 50 Pf. Rubia.

Hamburg, 27. November. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, beide auf Termine rubia. Weizen 126-pfd. pr. November 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. November-December 1000 Kilo netto 188 1/2 B., 185 1/2 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 191 B., 190 G., Roggen pr. November 1000 Kilo netto 165 B., 163 G., pr. November-December 1000 Kilo netto 163 B., 162 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 160 B., 159 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 B., 152 G. Hafer still. Gerste fest. Rübsöl still, loco u. pr. November 56, pr. Mai pr. 200 Pf. 58 1/2. Spiritus matt, pr. November u. pr. Dezember-Januar 45 1/2, pr. März-April u. pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pCt. 46 1/2. Kaffee rubia, Uml. 2000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 10, 25 B., 10, 00 G., pr. November 10, 00 G., pr. Dezember 10, 00 G., pr. Januar-März 10, 25 Gb. — Wetter: Frost.

Köln, 27. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter Frost. Weizen fest, hiesiger loco 6, 25, fremder loco 6, 20, pr. November 6, 15, pr. März 18 Mt. 85 Pf., pr. Mai 18 Mt. 80 Pf. Roggen stiller, hiesiger loco 6, 5, pr. November 5, 8, pr. März 15 Mt. 05 Pf., pr. Mai 14 Mt. 80 Pf. Hafer pr. März 18 Mt. 40 Pf., pr. Mai 18 Mt. 25 Pf. Rübsöl still, loco 9 1/2, pr. Mai 31 Mt. 40 Pf.

London, 27. November, Nachmittags. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 36,300, Gerste 15,630, Hafer 66,146 Dtrrs. Der Markt schloß für sämtliche Getreide sehr fest, jedoch nicht lebhaft. — Weizen englischer Weizen 44—48, rother 42—44, hiesiges Mehl 33—43 Sh. — Wetter: Frost.

London, 25. November, Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 14. bis zum 20. November betrugen: Englischer Weizen 4962, fremder 33,632, englische Gerste 3517, fremde 6743, englische Malzgerste 16,483, englischer Hafer 582, fremder 69,754 Dtrrs. Englisches Mehl 23,418 Sack, fremdes 3725 Sack und 6850 Faß.

Liverpool, 27. November, Nachmittags. Baumwoll (Schlußbericht): Umlauf 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Rubia.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikan 7 1/2, fair Dhollerah 5 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middling Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Upland nicht unter good ordinary November-December-Ver-schiffung 7 1/2 d., Januar-Februar-Ver-schiffung 7 1/2, Upland nicht unter low middling Februar-März-Ver-schiffung 7 1/2, März-Ver-schiffung 7 1/2 d.

Gladgow, 26. November. Rohheisen. Mixed numbers warrents 84 Sh. 3 d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 13,700 Tons gegen 10,300 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Manchester, 27. November, Nachmittags. 12r Water Armitage 8, 12r Water Taylor 10, 20r Water Micholls 11, 30r Water Gidlow 12 1/2, 30r Water Clayton 13 1/2, 40r Mülle Raynoll 11 1/2, 40r Medio Wilkinson 13 1/2, 36r Warpcops Qualität Rowland 13, 40r Double Weston 13 1/2, 60r Double Weston 16, Printers 16 1/2, 21 1/2, 8 1/2 pfd. 117. Ragges Geschäft. Preise fest.

Amsterdam, 27. Novbr., Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen pr. Mai 270. Roggen loco unverändert. pr. März 185 1/2, pr. Mai —. März pr. Frühjahr 362 fl. Rübsöl loco 31 1/2, pr. Herbst 31 1/2, pr. Frühjahr 33 1/2. Wetter: Still, Frost.

Antwerpen, 27. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minut. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert, dan. —. Roggen unverändert, inländischer 21 1/2. Hafer rubia, Petersburg Gerste stetig.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Typo loco 25 B., 25 1/2 B., pr. November 24 1/2 B., 25 B., pr. Dezember 24 1/2 B., 25 B., pr. Januar 25 1/2 B., pr. Januar-März 25 1/2 B.

Paris, 27. November, Nachmittags. (Produktenmarkt). geschäftl., pr. November 25, 25, pr. Januar-April 25, 25, rubia, pr. November 55, 00, pr. Januar-April 52, 75, Juni 53, 75. Rübsöl rubia, pr. November 75, 00, pr. 77, 25, pr. Mai-August 78, 50. Spiritus matt, pr. November —. Wetter: Schnee.

Druck und Verlag von W. Deder u. Comp. (E. Köstel) in Posen.